

Quelle: Handelsblatt

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

ARABIEN In Tunesien wächst die Demokratie

Die Wahlen waren ein Erfolg, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Aufbau einer Demokratie sind gut. Andere Länder in der Region sind hingegen noch lange nicht so weit.

Josef Joffe

Als die Arabellion ausbrach, mutmaßte dieser Autor in der "Zeit" (20. Januar 2011), dass Tunesien ein Sonderfall sei, weil kein anderes Land zwischen Maghreb und Mekka so viele Voraussetzungen der Demokratie erfüllt hatte: Pro-Kopf-Einkommen, Bildung, Urbanisierung, Öffnung. Putsche und Aufstände gab es wie Sand am Meer in Arabien, aber noch nie hat die Region einen demokratischen Umbau erlebt.

Der arabische Frühling hat seitdem Ägypten, Libyen, Bahrain, Jemen und Syrien erreicht, aber die tunesische Ausnahme bleibt. Die ersten - und zwar sauberen - demokratischen Wahlen fanden jetzt in Tunesien statt - mit höchster Wahlbeteiligung und ermutigendem Ausgang. Wie zu erwarten, haben die Islamisten der Ennahda die meisten Sitze gewonnen (etwa 40 Prozent). Diese Partei ist gemäßiger als ihre arabischen Schwesterparteien. Sie will (sagt sie jedenfalls) die Gesellschaft nicht umkrempeln, sondern sich ihr anpassen. Ihr Chef, Rachid Ghannouchi, will das Verbot der Vielweiberei nicht kippen, das einzige in der arabischen Welt. Sein Generalsekretär Dschebali fragt: "Welchen Sinn hat es, Alkohol in der Öffentlichkeit zu verbieten, wenn man ihn zu Hause trinken kann?"

Diese Wahlen haben abermals den Unterschied zwischen Tunesien und dem Rest dramatisiert. In Ägypten hat das Militär die Wahlen auf den 28. November verschoben. Wie

immer sie ausgehen, wird es die Macht behalten. Das Militär beansprucht das letzte Wort bei der Ernennung des Premiers und des Kabinetts. Der Präsident wird, inschallah, im nächsten Jahr gewählt. Die Ägypter werden demnächst das Parlament wählen, aber keine neue Regierung.

In Libyen ist der Diktator tot, aber vorläufig werden nicht Wahlzettel gedruckt, sondern Rechnungen beglichen - mit der Kalaschnikow. Gaddafi wurde kurzerhand umgebracht; in Sirte, seiner letzten Bastion, mehren sich die Berichte, wonach seine Leute nicht im Kampf gefallen, sondern exekutiert worden seien.

Im Jemen tobt, wie so oft seit 40 Jahren, der Bürgerkrieg; in Bahrain wurde der Aufstand der Schiiten-Mehrheit von der saudischen Armee niedergeschlagen. In Syrien entfaltet sich die Tragödie schlechthin. An die 3 000 Regimegegner sind von Präsident Assads Soldaten umgebracht worden. Der Tyrann weiß: Entweder er siegt, oder er stirbt. Er weiß außerdem, dass ihn seine ausländischen Freunde nicht fallenlassen werden.

Das sind vorweg die Iraner, die ihren Vorposten am Mittelmeer nicht verlieren wollen. Dann der "demokratisierte", also der inzwischen von den Schiiten majorisierte Irak; Bagdad hat kein Interesse an einem sunnitischen Syrien an seiner Westflanke.

Schließlich Russland und China, die beide grundsätzlich das Gegenteil von dem tun, was der Westen gerade will.

Warum die tunesische Ausnahme? Die beste Antwort gibt Samuel Huntington - nicht in seinem Bestseller "Clash of Civilizations", sondern in seinem demokratiethoretischen Klassiker "The Third Wave: Democratization in the Late 20th Century". Dort zitiert er den spanischen Finanzminister, der 1960 weissagte, sein Land werde demokratisch, wenn das Pro-Kopf-Einkommen 2 000 Dollar übersteigt. "So war es", lautete Huntingtons knapper Kommentar. Das war 1975, als der Franco-Faschismus kippte.

So war es 2011 in Tunesien. Es hat das höchste Pro-Kopf-Einkommen in der Arabischen Liga: 9400 Dollar (Kaufkraft-Parität). Das sind just die inflationsbereinigten 2 000 Dollar, die den "tipping point" in Spanien ausmachten. Alle anderen Revolutionsländer (außer dem Ölstaat Libyen) liegen weit hinten: Jemen mit 2600, Syrien mit 5000, Ägypten mit 6400 Dollar.

Geld aber ist notwendig, aber nicht hinreichend. Was kommt bei der Geburt einer bürgerlichen Gesellschaft hinzu? Erstens Bildung. Auch hier ist Tunesien die Ausnahme. Es gibt 7,2 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Bildung aus, Ägypten nur halb so viel. Zweitens Urbanisierung. Tunesien liegt mit 67 Prozent an der

**Quelle: Handelsblatt**

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

Spitze. In Ägypten leben nur 43 Prozent in der Stadt, in Syrien etwas mehr als die Hälfte. Schließlich Integration in die Weltwirtschaft, gemessen an der Exportquote. Tunesien ist abermals die Nummer eins. Mit knapp 40 Prozent Exportanteil ist das Land noch offener als so mancher EU-Staat. Ägypten hinkt weit hinterher mit 24 Prozent, Syrien noch weiter mit 18 Prozent.

Was uns diese Zahlen erzählen?
Zusammen mit der geschichtlichen

Erfahrung besagen sie: Die demokratische ist eine Mittelschichtsrevolution; so war's im späten 19. Jahrhundert in Europa, so war's im späten 20. Jahrhundert in Korea und Taiwan, in Spanien und Portugal. Entscheidend aber ist auch, ob die Revolution friedlich verläuft. Auch hier steht Tunesien am besten da - und Syrien am schlimmsten, womöglich auch Libyen. Denn: Wer zur Waffe greift, wird sie nach dem Sieg so schnell nicht wieder weglegen.

Dennoch muss man der Arabellion wünschen, dass Statistik nicht ihr Schicksal ist, vor allem der syrischen. Niemand hat die Freiheit mehr verdient als die Syrer, die so tapfer kämpfen, obwohl der Rest der Welt sie alleinlässt.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter:
gastautor@handelsblatt.com